

Personalversammlung Karlsruhe Land, April 2008

„Kinderland Baden- Württemberg - Qualitätsentwicklung zum Nulltarif!“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich, dass ich heute hier sein kann und als Vorsitzende des Hauptpersonalrats für die Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen beim Kultusministerium aus der aktuellen Arbeit berichten kann. Genau so herzlich danke ich Ihnen für Ihr Kommen. Nur wenn Beschäftigte, Personalvertretungen, Gewerkschaften und Verbände gemeinsam handeln, können wir erfolgreich sein.

Welche Bedingungen braucht eine gute Schule im Kinderland Baden-Württemberg?

Ich beginne mit dem Thema Unterrichtsversorgung und Lehrereinstellung, weil dies ein ganz zentraler Faktor der Qualität von Schule ist.

„Trotz zurückgehender Schülerzahlen wird keine Lehrerstelle in der Legislaturperiode 2006 – 2011 gestrichen. Das gesamte Volumen bleibt dem Bildungsbereich erhalten.“ Das war im Landtagswahlkampf die Position der CDU. Wer darauf gehofft hat oder sogar daran glaubte, dass deshalb die durch Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen der Verbesserung der Unterrichtssituation und der Qualitätsentwicklung der Schule zu gute kommen, ist geschickten Formulierungen der Landesregierung und des Kultusministeriums aufgesessen:

Drei Monate nach der gewonnenen Landtagswahl wurden mit dem Argument der angeblich völlig überraschend und gravierend veränderten Schülerzahlenprognose des Statistischen Landesamts 521 Stellen für die Jahre 2006 bis 2008 gesperrt. Wohlgemerkt: Es ging nicht um neu geborene Kinder, sondern um Kinder, die 4 Jahre älter waren als bei der letzten Prognose. Die Landesregierung verfolgt zu Lasten der Schulen das Ziel der Nettoneuverschuldung bis 2011. Sie ist Hauptmotivation der Stellensperre.

KM Rau übernimmt Position

Folie Sommereinstellung 2007 – Zahlen stimmen!

57 von ca. 2200 GH-L. erhalten ein Einstellungsangebot

Nach massiven Protesten legte die LaRe das Programm zur Stärkung der HS, 115 zusätzl. Stellen (Entsperrung) und Päd. Ass.

Weitere Stellen Ende Sommerferien entsperrt

Weitere Entsperrung Ende September; inzwischen alle 521 wieder entsperrt.

Bewerber/innen, vor allem hoch qualifizierte, waren zu diesem Zeitpunkt längst über alle Berge.

Geschrei groß, es gebe keine arbeitslosen Lehrer/innen, wenn man jetzt KV sucht. Wir brauchen, auch das ist eine unumstrittene Voraussetzung für gute Bedingungen von Schulen, eine höhere Lehrerreserve aus dem Bestand der Lehrer/innen. So könnten auch die nicht Eingestellten gehalten werden.

Einstellungsperspektive 2008/2009

Mit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für die Lehreranwärter/innen zu Beginn dieses Schuljahres vernichtete die Landesregierung die Berufsperspektive von weiteren rd. 400 Kolleg/innen.

Folie Erhöhung Unterrichtsverpflichtung Vorbereitungsdienst

Auch für die Mentor/innen und Schulleitungen, die an der Schule die miserabel honorierte Last der Ausbildung tragen, ist das ein Schlag ins Gesicht.

HPR hat Zustimmung verweigert, unterlegen unter Vorsitz eines Richters des VGH Ba.-Wü.

LA müssen ihre eigene Stelle wegrationalisieren, MD: „etwas hart formuliert“

Diese Stellen weiterhin gesperrt.

Eine solche Einstellungspolitik ist für die jungen Kolleg/innen und für die Schulen unzumutbar. QE an den Schulen geht nur mit der Einstellung zusätzlichen Lehrer/innen.

Dass die Einstellungssituation im kommenden Sommer im GH-Bereich etwas besser sein wird, liegt am Vorgriffsstundenmodell. *Ich betone das: Es ist nicht nur gelungen, die Rückgabe des V. voll abzusichern und für die ganze Laufzeit von 15 Jahren Deputatserhöhungen zu verhindern. Die Rückgabe ab kommendem Schuljahr wirkt sich eindeutig positiv - beschäftigungswirksam - zugunsten der Bewerber/innen aus.*

Kolleg/innen müssen zunehmend auf Stellenausschreibungen gehen – mit allen negativen Konsequenzen für Arbeitsbelastung der Schulen. Ich appelliere an die Schulen, das Ausschreibungsverfahren korrekt durchzuführen und Hausbewerber/innen nicht zu bevorzugen. Immer wieder Gerüchte über Ausschreibungen, die auf best. Person abgestimmt sind. Wenn wir davon erfahren, stoppen wir das. Ein extremes Beispiel, das das KM im vergangenen Jahr auf unsere Intervention von der Homepage genommen hat:

Schnorcheln ...

Eine unbestechliche Größe für die Unterrichtsversorgung ist die Relation „Lehrerwochenstunden je Schüler/in“. Sie hat sich in den letzten 20 Jahren drastisch verschlechtert. (5; 19,2; 6,5; s. Tabelle) in den allgemein

bildenden Schularten. Sehr auffällig ist dabei die Situation der Realschulen, deren dramatisch hohe Klassengrößen die Arbeit in den vergangenen Jahren erheblich erschweren.

Neue Begriffe: Monetarisierung von Lehrerstellen – was ist das?

1 Lehrerstelle kostet rd. 50.000 € Wenn man 100.000 € braucht, besetzt man einfach 2 Lehrerstellen nicht, hat also 2 monetarisiert. So funktioniert das Kinderland Baden-Württemberg

- Evaluation 280 Stellen (LS, Fremdevaluator/innen, Material, Reisekosten)
- Schulreifes Kind 900 Stellen
- ehrenamtliche Jugendbegleiter/innen für die Ganztagschulen 800 Stellen

Diese Stellen stehen nicht mehr für Unterricht zur Verfügung. Stattdessen stellt das Land für einen Hungerlohn Päd. Ass. ein.

1. Schulstruktur

In der OECD gibt es nur noch 17 Länder, in denen die Kinder mit 10 Jahren auf verschiedene Schularten verteilt werden. 16 davon sind in Deutschland. Während in anderen Bundesländern mittlerweile sehr viel offener über die Schulstrukturfrage diskutiert wird, bewegt sich unser Kultusminister auf dem Diskussionsstand der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Die Übertrittsquote auf die Hauptschule hat in diesem Jahr den historischen Tiefstand von 26 % erreicht.

Solange wir ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem haben, werden die Krisensymptome zuallererst an der Schulart sichtbar, die von den Kindern und Eltern am wenigsten akzeptiert wird, und dies ist nun einmal die Hauptschule.

Deshalb werden alle Programme zur Stärkung der Hauptschule, auch wenn sich Hauptschullehrer/innen noch so sehr engagieren, auch wenn die Programme noch so gut gemeint sind und noch so pressewirksam verkauft werden, keine Wirkung erzielen. Wer glaubt, mit ein bisschen mehr Unterricht in Kl. 5/6, mit einer Kompetenzanalyse und mit pädagogischen Assistentinnen und Assistenten seien die Probleme zu lösen, der irrt sich gewaltig. Es geht nämlich nicht nur um die Hauptschule, sondern um das gesamte System. Es ist falsch, wenn öffentlich allzu gern und allzu oft von der Krise der Hauptschule oder vom Problemfall Hauptschule gesprochen wird. Mit solchen Aussagen werden nicht nur die Kinder und Jugendlichen, die diese Schule besuchen, sondern wird auch die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer diskreditiert.

Denn: Wie sagt doch gleich unser Kultusminister? Für den Lernerfolg entscheidend sei ausschließlich die Qualität der Lehrer.

Welche Chancen stecken in einer gemeinsamen sechs-, neun- oder zehnjährigen Schulzeit für alle Kinder? Der Auslesedruck fiele weg und die Lehrkräfte könnten sich auf die Aufgabe der Integration und Förderung konzentrieren. – Für alle, auch für die leistungsstarken Schüler/innen. Alle könnten sich in einer angstfreien und anregungsreichen Lernumgebung entwickeln und ihre Lernpotentiale ausschöpfen.

Auch Schulen wie die Bielefelder Laborschule, die Helene-Lange-Schule Wiesbaden oder die Reformschule Kassel machen es bereits seit Jahrzehnten erfolgreich vor.

In keinem vergleichbaren Land der Welt besteht ein so enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Die Verlierer dieses Schulsystems sind insbesondere die Jungen und Migrantenkinder. Auch in den Spitzenleistungen hat unser System erhebliche Defizite.

*Die Antwort auf diese im Grunde deprimierenden Befunde kann nur heißen: **Wir brauchen keinen weitere Differenzierung in der HS nach Praxiszug und Werkrealschulzug und keine weiteren Hochbegabteingymnasien, auch keine Modelle, die Lehrer/innen an Realschulen weiter belasten und überfordern, sondern wir brauchen eine Schule, in der nicht perfekt erscheinende Auslese- und Sortiermechanismen, sondern die bestmögliche individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes im Mittelpunkt stehen.***

Ich weiß, dass sich viele von uns schwer tun mit diesem Gedanken und berechnete Angst haben. Eine Veränderung der Struktur darf nicht zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Lehrer/innen führen. Zu tief ist das gegliederte Schulsystem in unseren Köpfen verwurzelt und zu wenig lernen Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Aus- und Fortbildung den konstruktiven Umgang mit Heterogenität. Sie erwerben keine Diagnose- und Förderkompetenzen um individuelle und differenzierte Lernangebote zu machen. Unsere Lehrerausbildung ist schon für die derzeitige Heterogenität in unseren Klassen nicht ausreichend. Wie sollen wir mit noch größerer Heterogenität fertig werden? Wir lernen nicht: Individualisierung, Diagnose, Erstellen von individuellen Förderplänen, selbstständ-

ges und handlungsorientiertes Arbeiten. Diese Sorgen und Ängste müssen wir ernst nehmen.

Denn in einem Punkt haben die Verteidiger des bestehenden Systems Recht – Strukturen allein verändern die Welt noch nicht. Genauso richtig ist aber auch, dass es einen Zusammenhang zwischen Schulstruktur und Schulkultur gibt. Solange wir ungestraft sagen dürfen „Dieses Kind gehört nicht in diese Schule“, solange wir Kinder wegschicken können – abschulen sagt man gelegentlich auch dazu – solange ist etwas gewaltig faul an diesem System. Der Schritt zum längeren gemeinsamen Lernen, für eine Veränderung der Schulstruktur, ist überfällig.

Was macht das Kultusministerium?

Anfang Februar HS in RS-Referat eingegliedert.

Modellversuche: Engere Kooperation HS/RS an 20 Modellschulen: starke HS in einzelnen Fächern in RS-Klassen, ganze Klassen, in einzelnen Fächern wie Sport und Religion.

Ich sage Ihnen: Aber all das, was uns da aktuell vom KM aufs Auge gedrückt werden soll, müssen wir in der Form ablehnen, zum einen, weil das reine Sparmaßnahmen sind, vor allem aber, weil die dafür notwendigen Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind. Das alles trifft Sie als betroffene Lehrkräfte unvorbereitet, vom organisatorischen Aufwand ganz abgesehen

Über die Neustrukturierung der Lehrämter wird das Kabinett im Frühjahr beschließen. Sehr wahrscheinlich werden die Lehrämter Grund- und Hauptschule getrennt. Ob in der Folge die Lehrämter Haupt- und Realschule zusammengelegt werden, weiß ich nicht.

Dienstrechtsreform: soll längst fällige Anhebung HS nach A 13, kostenneutral. Ich habe bei Gesprächen im Finanzministerium gefragt, in welcher Schulart dann das notwendige Geld für die Anhebung nach A 13 geholt wird und habe keine Antwort bekommen.

Unser Kultusminister war in der Faschingswoche in Marseille und hat sich zeigen lassen, dass Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen die gleiche Ausbildung haben - und auch das gleiche Gehalt.

L. K., I. K., wenn die Landesregierung im Zuge der Dienstrechtsreform auf die absurde Idee verfallen sollte, die Grundschullehrerinnen das A 13 für die HS bezahlen zu lassen, ist die Solidarität aller Lehrkräfte gefragt.

Senkung Klassenteiler HS auf 28 war im vergangenen Frühjahr fast beschlossen.

Argumentationslinie KM inkonsequent und unglaubwürdig: Strukturen GS: Echtes integratives Schulsystem, Sonderschule ausgenommen. KM plädiert für jahrgangsübergreifende Eingangsstufe und damit deutlich

größere Heterogenität und lehnt genau dies in den weiterführenden Schulen ab. GS-Lehrer/innen schaffen es, mit dieser Heterogenität sehr gut umzugehen. Ba.-Wü. schneidet bei IGLU wesentlich besser ab als bei PISA.

Ich betone es bei jedem Gespräch im KM: Es ist völlig unsinnig, nach der Feststellung in Klasse 9, dass Schüler/innen nicht ausbildungsfähig sind, in die BS zu investieren. Sch. haben dann schon mind. 5 demotivierende Jahre hinter sich. Investition in GS! Veränderung Struktur muss ganz früh, nämlich bei der frühkindlichen Bildung ansetzen.

2. Evaluation

Nach Paragraph 114 SchG – Evaluation – sind Schulen (und damit Lehrkräfte) verpflichtet, regelmäßig Selbstevaluation zur Bewertung ihrer Schul- und Unterrichtsqualität durchzuführen. Damit soll die Erstverantwortung der Schule für ihre Qualität weiter gestärkt und in einen verbindlichen Rahmen der Selbstvergewisserung über das Erreichte gestellt werden. Was wir von Anfang an kritisiert haben, ist die Tatsache, dass die Rahmenbedingungen (Unterrichtsversorgung, Strukturprobleme) kaum eine Rolle spielen.

Die Einführung der Evaluation war und ist ein Schwerpunktthema im Hauptpersonalrat. Es ging in der Mitbestimmung nie um die Frage, ob die Evaluation eingeführt wird, sondern wie. Wir haben von Anfang an dafür gestritten, dass die Schulen zusätzliche Zeit dafür bekommen müssen. Zunächst konnten wir für die Pilotschulen zusätzliche Zeit durchsetzen. Das Kultusministerium konfrontierte uns aber damals mit der klaren Ansage, dass es für die flächendeckende Umsetzung keine zusätzliche Zeit mehr geben wird. Wie Sie inzwischen feststellen konnten, haben wir das gekippt: Die Anrechnungsstunden sind der Erfolg unserer Arbeit, zu dem auch alle Kolleginnen und Kollegen beigetragen haben, die dies individuell und z.B. in Personalversammlungsbeschlüssen selbstbewusst eingefordert haben.

- Jede zur Fremdevaluation benannte Schule erhält zur systematischen Qualitätsentwicklung und Selbstevaluation zwei Jahre lang in Abhängigkeit von der Größe der Schule zwischen 2,5 und 4 Anrechnungsstunden jährlich

Und was mindestens genauso wichtig ist:

- Jede zur Fremdevaluation benannte Schule hat zwei Jahre lang Anspruch auf 6, große Schulen auf 8 Beratungshalbtage (bzw. 3 – 4 Ganztage) durch Fachberater/innen für Schulentwicklung. Zusätzlich gibt es für Steuergruppenmitglieder bzw. Teams aus den Schulen Fortbildungsmodule zu Themen wie z.B. Leitbildentwicklung, Teamentwicklung, Projektmanagement, Qualitätsmanage-

ment, Überblicksevaluation (z.B. SEIS), Fokusevaluation, Individu-
alfeedback.

Auch für alle anderen stehen (in geringerem Umfang) Fachbera-
ter/innen für Schulentwicklung zur Verfügung.

Ich empfehle Ihnen:

Nehmen Sie als ganzes Kollegium Prozessbegleitung an Ihrer Schule in
Anspruch. Das müssen keine 6 Halbtage sein. Aber ich kann jede Schu-
le nur davor warnen, den Qualitätsentwicklungsprozess unprofessionell
anzugehen. Es reicht nicht aus, die Steuergruppe zur Fortbildung zu
schicken. Das ganze Kollegium muss wissen, um was es geht, wo es hin
will und nicht nur die drei, die bei der Fortbildung waren. Der Einstieg in
die Qualitätsentwicklung mit einer Selbstevaluation geschieht am besten
mit einem Thema, bei dem für das Kollegium **Sinn** und **Nutzen** zeitnah,
realisierbar und wünschenswert erkennbar und spürbar sind.

Machen Sie keine Evaluation, weil man jetzt Evaluation machen muss.
Und wenn keine Prozessbegleiterkapazitäten mehr vorhanden sind, teil-
en Sie das bitte Ihrem Personalrat mit und warten Sie bis wieder welche
frei sind.

Es gibt kein öffentliches Schulranking – wenn nicht Schulen selbst dies
herstellen!

Gehen Sie mit Ihren ggf. positiven Evaluationsergebnissen nicht an die
Öffentlichkeit. Machen Sie sich bewusst, dass Sie damit Schulen mit ei-
nem weniger positiven Evaluationsbericht unter Druck bringen.

3. Lehrerfortbildung

Die Schule ist im Umbruch und stellt erhebliche Anforderungen an die
Qualifikation der Beschäftigten.

Was macht das Land Ba.-Wü. in dieser Situation: Es kürzt die LFB-
Mittel. Ich frage Sie: Welcher Betrieb würde bei der Einführung völlig
neuer Arbeitsmethoden die Fortbildungsmittel kürzen? Nicht nur die Kür-
zung der Mittel, auch die Struktur der Fortbildung der GHR-

Lehrer/innen ist nur begrenzt tauglich für eine Qualitätsentwicklung. Es
ist nicht überraschend, dass diese Fortbildungsangebote vielfach auf ge-
ringe Resonanz stoßen. Wir setzen uns für eine Umstrukturierung ein:

Wir wollen, dass jeweils mehrere Lehrer/innen einer Schule gemeinsam
an mehrteiligen Fortbildungen mit Ganz- und Halbtagen teilnehmen kön-
nen. Dazu gibt es inzwischen aus dem KM positive Signale.

Wenn die Fortbildung an die Schule verlagert wird, darf sie nicht zur
Fortbildung aus dritter Hand werden.

Ich sage an die Adresse von uns Lehrer/innen gerichtet: Es ist nicht pro-
fessionell, wenn wir hoch engagiert, aber ohne Qualifizierung versuchen,
allen Anforderungen gerecht zu werden.

Und lassen Sie mich auf die Situation der Schulleiterinnen und Schulleiter hinweisen. Auf ihnen wird nicht nur alles abgeladen, was bei den Schulpädagogen und Schulpädagoginnen durch die Verwaltungsreform zuviel wurde. Sie sollen - ohne auch nur eine einzige zusätzliche Minute bekommen zu haben und ohne Qualifizierung im Bereich Schulentwicklung und Personalführung - komplexe Prozesse in ihrem Kollegium steuern, Fortbildungsplanung machen, Personalführung und künftig die Umsetzung von Zielvereinbarungen als wesentliche Aufgabe begreifen.

Wir haben inzwischen die Verwaltungsvorschrift (VwV) "Leitlinien für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen". Neben einer Beschreibung der Aufgaben für alle Beteiligten ist das Kernstück der VwV die Verpflichtung der Schulen, in einem jährlichen Fortbildungsplan ihre schulentwicklungsbezogenen Qualifizierungsanforderungen und -maßnahmen festzulegen.

Sehr erfreulich ist, dass der Pädagogische Tag weiterhin unter bestimmten Voraussetzungen in der Unterrichtszeit stattfinden kann. Die Schulkonferenz muss dies mit stichhaltiger Begründung allerdings ausdrücklich beschließen. Aber ich sage ganz klar: Kein Kollegium kann zu einem Pädagogischen Tag in der unterrichtsfreien Zeit gezwungen werden. Wenn das Kollegium einen PT in der Unterrichtszeit beschließt, kann die Schulkonferenz dies zwar ablehnen, aber nicht verlegen. Dann findet eben gar kein PT statt.

Ein Wort zu den Wunschkursen an der Landesakademie:

Sog. Wunschkurse für Kollegien oder Teile eines Kollegiums an der Landesakademie sind in den vergangenen zehn Jahren zu einem wichtigen Instrument der Unterstützung von Schulentwicklungsprozessen geworden. **Ein Drittel** dieser Wunschkurse (Pädagogische Tage) findet nach dem mit den Hauptpersonalräten vereinbarten Gesamtplan der Landesakademie **an Unterrichtstagen** (Montag bis Freitag) statt. Das Kultusministerium weist in seinem Schreiben vom 28.12.2006 an die Regierungspräsidien ausdrücklich auf den Fortbestand dieser Regelung hin und fügt hinzu: „ **Die Inanspruchnahme von Unterrichtstagen für Wunschkurse setzt aber voraus, ... dass Planung und Durchführung in der Schulkonferenz beraten und abgestimmt werden. Insofern haben alle am Schulleben Beteiligten ggf. dem Unterrichtsausfall zugestimmt. Die pädagogische Weiterbildung ist ein wichtiges Element zur Qualitätssicherung in der Schule. ... Aus gegebenem Anlass wird darauf hingewiesen, dass die Erfüllung dieser Fortbildungsverpflichtung sicherzustellen ist und die Schulen bei der Planung und Durchführung der Wunschkurse zu unterstützen sind. Dies kommt letztendlich vor allem unseren Schülerinnen und Schül-**

lern zugute. Wir bitten, die Anlaufstellen der Unteren Schulaufsichtsbehörden davon in Kenntnis zu setzen“ (Az. 23-6754.1/120).

Der HPR stimmt dieser Position ausdrücklich zu. Wer die Weiterentwicklung berufsspezifischer Kompetenzen der Vermeidung von Unterrichtsausfall unterordnet, schwächt die Qualitätsentwicklung der Schulen. Dies müssen sich nicht nur die politisch Verantwortlichen und die Schulverwaltung, sondern auch die Lehrer/innen und auch Schulleiter/innen bei ihren Entscheidungen bewusst machen.

„Kinderland Baden-Württemberg“ hat sich die Landesregierung auf die Fahnen geschrieben.

Qualitätsentwicklung, neue Bildungspläne, Bildungsstandards, Bildungshäuser, Fächerverbünde, Evaluation, Vergleichsarbeiten, Diagnosearbeiten, neue Haupt- und Realschulabschlussarbeiten ... Fortbildner/innen mühen sich ab, um z.B. den Lehrkräften den unverbindbaren Fächerverbund MSG nahe zu bringen. Es scheint auszureichen, wenn man uns Handreichungen, eine Presseerklärung und eine Fortbildung aus dritter Hand am Nachmittag in einem kalten Klassenzimmer auf Grundschulstühlen anbietet und alles ist gut. - Nein, es ist nicht gut.

Die 3,5 Mio. € teure Kompetenzanalyse für die HS lässt sich das KM vom europäischen Sozialfonds finanzieren. Was kommt nach der Analyse? Bekommen die Schulen Zeit, um in der Arbeit mit den Hauptschüler/innen Konsequenzen aus der Kompetenzanalyse ziehen zu können? Solange das KM den Lehrerinnen und Lehrern keine Zeit und keine Qualifizierung für die Individualisierung des Lernens gibt, bleibt das Kinderland Baden-Württemberg eine leere Worthülse.

Erfreulicherweise bezieht das Kultusministerium den HPR in die Entwicklung vielfältiger Konzeptionen ein. Das bedeutet andererseits Mitarbeit in zahlreichen Arbeitsgruppen. Außerdem bringt meine Funktion die Mitarbeit in weiteren Gremien mit sich:

Ich war (als GEW-Vertreterin) Mitglied der Arbeitsgruppe „Erhalt der Dienstfähigkeit“ unter der Leitung von Staatssekretär Wacker, die sich mit der gestrichenen Altersermäßigung auseinandergesetzt hat, aber auch mit präventiven Maßnahmen. Wir haben unsere Arbeitsergebnisse am schmutzigen Donnerstag dem Ministerpräsidenten vorgetragen. Selbstverständlich haben wir uns für die Wiedereinführung der Altersermäßigung der 55- bis 59jährigen Kolleg/innen eingesetzt und immerhin einen Teilerfolg erzielt. Ich erinnere noch einmal daran: Das KM hatte den HPR GHRS nicht beteiligt, als damals nur bei den Lehrkräften des gehobenen Dienstes, nicht bei denen des höheren Dienstes (Gym und BS), die Altersermäßigung gestrichen wurde. Wir mussten durch alle Instanzen. Erst das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass es

rechtwidrig war, den Hauptpersonalrat nicht zu beteiligen. Diese Mitbestimmung musste nachgeholt werden. Dann kam der Antrag auf Zustimmung zur Streichung der Altersermäßigung. Wir haben diese Zustimmung natürlich verweigert – mit der Begründung, dass die Lehrkräfte der GHR-Schulen gegenüber denen der GYM und BS benachteiligt sind. Unter Vorsitz eines Richters vom VGH in Mannheim bekamen wir recht. Die dann gebildete Einigungsstelle entschied, dass die Gleichbehandlung aller Lehrkräfte hergestellt werden muss. Diese Gleichbehandlung wollte das KM im Frühjahr 2007 dadurch sicherstellen, dass auch den 55- bis 59-jährigen Lehrkräften an GYM und BS die Altersermäßigung gestrichen wird. Die dafür notwendigen Stellen waren im Doppelhaushalt 2007/2008 schon nicht mehr enthalten. Durch sehr intensive Bemühungen von Rainer Dahlem bei MP Oettinger, das sage ich an dieser Stelle ausdrücklich, konnte diese Streichung ausgesetzt und in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung von GEW und Beamtenbund verhandelt werden. Ergebnis in Sachen Altersermäßigung ist:

Die Deputate, die für die Altersermäßigung der 55- bis 59-jährigen Lehrkräfte an GYM und BS benötigt werden, bleiben erhalten, werden aber auf alle Schularten umverteilt. D.h. künftig bekommen die Lehrkräfte aller Schularten Altersermäßigung ab dem Schuljahr, in dem sie das 58. Lebensjahr erreichen. Umgesetzt wird zum Schuljahr 2009/2010.

Liebe K., liebe K., das ist ein Erfolg, auch wenn man sich wie immer ein besseres Ergebnis vorstellen kann. Und ich erlaube mir an dieser Stelle auch die Bemerkung, dass da eine Menge Arbeit (Verhandlungen, Stellungnahmen) drinsteckt.

Zahlreiche Kolleg/innen haben ja Widerspruch gegen die Streichung der Altersermäßigung eingereicht. Die GEW und die Verbände des Beamtenbundes führen Musterverfahren. Diese Verfahren sind noch nicht abgeschlossen, weil auch sie vermutlich durch alle Instanzen gehen müssen.

Aber wir haben in der Arbeitsgruppe unter Leitung von Staatssekretär Wacker auch sehr intensiv eingefordert, dass vom Studium an, im Vorbereitungsdienst und in allen Phasen des Berufslebens Maßnahmen installiert werden, die dazu beitragen, dass Lehrer/innen gesund ihren Dienst leisten können bis zur Pensionierungsgrenze. Es ist ja nicht unser Ziel, mit 55 in einem Zustand zu sein, dass wir Altersermäßigung brauchen.

Im Ergebnis empfiehlt die Arbeitsgruppe ein Maßnahmenpaket im Volumen von 4,2 Mio. Euro. Es enthält einen Ausbau der qualifizierenden und stärkenden Begleitung in der Berufseinstiegsphase, ein Konzept zur Gestaltung von Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schüler/innen, das Prof. Bauer an der UNI Freiburg entwickelt hat; arbeitsplatzbezogene Präventionsangebote; Stimmtraining; auch die Bedeutung des Schulgebäudes für den Erhalt der Gesundheit ist in diesem Maßnahmenpaket

enthalten. Wir haben eingefordert, dass neue Schulleiter/innen anders als bisher auf ihre neue Rolle vorbereitet werden. Themen wie Arbeitsorganisation im Sinne einer gesundheitsfördernden und –erhaltenden, auch entlastenden Schule, eine Personalführung, die Wertschätzung zum Ausdruck bringt, aber auch schwierige Themen anpackt. Und natürlich Zeit für diese Aufgaben.

Wir hatten vor wenigen Wochen eine Einigungsstelle, bei der es unter dem Vorsitz eines Richters des VGH genau um diese Themen, auch um die Deputatsanrechnung „Leitungszeit“ für Schulleiter/innen ging.

Entscheiden wird darüber die Landesregierung.

Auf dem Weg zu einer guten Schule liegen noch viele Brocken im Weg: Wie bekommen Studierende frühzeitig eine Rückmeldung über ihre Eignung als Lehrer/in? Wo und wie lernen Lehrer/innen das Gestalten von Beziehungen? Welche Rolle spielt Teamarbeit und Kooperation in der Lehrerausbildung? Diese Faktoren wirken sich, das haben die Modellversuche zur Arbeit von Lehrer/innen gezeigt, positiv auf die Qualität des Unterrichts aus.

Was wirkt entlastender und qualitätssteigernder im Unterricht: Wenn wir einige Schüler/innen weniger im Klassenzimmer haben oder wenn wir (zeitweise) im Team unterrichten können? Wie organisieren wir den Schultag, wenn wir Absprachen mit Kolleg/innen und Schüler/innen nicht in die sog. kleinen Pausen pressen wollen?

Wir selbst können innerhalb unserer Einzelschule gemeinsam ein gutes Stück weiterkommen. Aber zur Verbesserung der Qualität aller Schulen muss das Land noch einen großen Beitrag leisten.

Ich versuche, wo immer ich die Möglichkeit habe, an diesem Ziel zu arbeiten. Z.B. in der dauerhaften Arbeitsgemeinschaft, die aus den Hauptpersonalratsvorsitzenden aller Ministerien im Land besteht. Dort bin ich stellv. Vorsitzende. Die Geschäftsstelle ist beim Innenministerium angesiedelt. Dieses Gremium koordiniert Themen, die alle Beschäftigten im ö.D. Baden-Württembergs betreffen. Die wichtigsten aktuellen Themen sind die Dienstrechtsreform und die Verwaltungsreform. Direkt und ungeschönt können wir im Finanz-, Innen- und Staatsministerium den dienstlichen Alltag beschreiben und unseren hochrangigen Gesprächspartnern unsere Forderungen vortragen. Es ist übrigens korrekt, dass ich hier nur die männliche Bezeichnung verwende. In diesen Runden bin ich regelmäßig die einzige Frau. Andere Frauen betreten den Sitzungsraum nur um Kaffee nachzugießen.

(Ich habe einiges gelernt, z.B. beim Zugang zur Villa Reitzenstein, dem Sitz des Staatsministerium. Wer den Pförtner passiert hat, muss durch die „Vereinzelungsanlage“. So heißt mit offizieller Bezeichnung das Drehkreuz, das verhindert, dass die Massen das StaMi stürmen.)

Dann bin ich in einer AG, die der Rechnungshof ausgelöst hatte. Er hat die Verwendung der Stunden aus dem Allgemeinen Entlastungskontingent der Realschulen untersucht und kam zu folgendem Ergebnis: Die Lehrkräfte an Realschulen sind mit ihrem Unterricht so wenig ausgelastet, dass sie nicht die im ö.D. zu leistende Arbeitszeit erbringen. Die Stunden des A.E. können deshalb gestrichen und diese Aufgaben innerhalb der regulären Arbeitszeit erbracht werden. Der Landtag hat daraufhin das Kultusministerium beauftragt, in allen Schularten die Verwendung der Stunden aus dem A.E. und die Schulleiteranrechnungen zu überprüfen. Dieses Beispiel macht Ihnen sicherlich deutlich, dass wir mit unseren Forderungen nach zusätzlichen Anrechnungen für die vielfältigen zusätzlichen Aufgaben im vollen Gegenwind stehen. Aber wir lassen uns nicht beeinträchtigen: K. und K.: Wer die Netto-Neuverschuldung für den Landeshaushalt will, muss die Konsequenzen tragen: Qualitätsentwicklung an Schulen gibt es nicht zum Nulltarif.

4. Verwaltungsreform

VR wird zurückgedreht. Aus den derzeit 44 Ämtern werden 21 oder 22. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Umsetzung 1.1.2009

Bisherige Einheiten waren zu klein. Riesenämter, Fortbildungsstrecken, schulpsych. Beratungsstellen ...

Warum gibt es die Rückreform der Reform? Nicht wegen Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Schulverwaltung. Die ist der Landesregierung bzw. der CDU-Fraktion meiner Meinung nach nicht so wichtig. Der Kern steckt in einer Äußerung, die auch in der Villa Reitzenstein gemacht wurde: Die Landräte sind selbst schuld, wenn man ihnen die Schulen wieder weg nimmt. Sie haben sich gegenüber der Landesregierung illoyal verhalten und die Unterrichtsversorgung kritisiert. Liebe K., liebe K., das war mir auch aufgefallen: Im vergangenen Sommer haben die Landräte eine bessere Unterrichtsversorgung eingefordert und mir wurde bewusst, dass uns das nützen könnte, wenn diese starken Fürsten sich für ihre Schulregion einsetzen. Vorbei. Außerdem glaubt die Landesregierung, dass der offene Brief der oberschwäbischen Rebellen für längeres gemeinsames Lernen bei einer selbstständigen Schulverwaltung verhindert worden wäre. – Eine sehr naive Vorstellung. Gestern Abend hat unser Kultusminister zum ersten Mal mit den oberschwäbischen Rebellen geredet.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
meine Arbeit zeigt mir täglich, und ich hoffe, dass auch mein Referat das deutlich gemacht hat: Bessere Arbeitsbedingungen an Schulen, die Abwehr weiterer Verschlechterungen, eine Bildungspolitik, die am Wohl al-

ler Kinder und Jugendlichen ausgerichtet ist, sind nicht das Ziel der Bildungspolitik unserer Landesregierung. Dafür müssen sich die betroffenen Beschäftigten einsetzen und dafür setzen sich die GEW und die Verbände, setzt sich der HPR ein. Dafür haben die Lehrerinnen und Lehrer ihre Personalvertretung gewählt. Diesen Auftrag versuche ich nach besten Kräften zu erfüllen. Vielen Dank.